

in einer Reihe von asiatischen Staaten zu einem „Minderheitenkomplex“ auf seiten der Kirchen geführt, der sich darin äußert, daß die Kirche sich weitgehend aus der Politik heraushält und sich fast ganz in religiöse Innerlichkeit flüchtet.

Die Menschenrechte als Inkulturationsproblem

In anderen Ländern Asiens, am deutlichsten wohl in *Indonesien*, versucht die Kirche sich in einer *Politik der stillen Intervention*, die die offene Konfrontation vermeidet und die Harmonie bewahrt. Es fehlt den asiatischen Kirchen weitgehend eine theologisch begründete und in der Praxis bewährte Form, das prophetisch-kritische Amt auszuüben. Hinzu kommt, daß in den Fragen der Politik fast immer die *Menschenrechtsproblematik* besonders brisant ist.

Es geht vor allem um das Problem, inwieweit die Menschenrechte in ihrer gegenwärtigen Formulierung und individuellen Ausrichtung für Asien verbindlich sein können, wo sich Rechtsvorstellungen gewöhnlich an Rechten für die Gemeinschaft und weniger an solchen für das Individuum orientieren. Kann die Kirche ohne die Anstrengung der Inkulturation sich ohne weiteres zum *Anwalt der Menschenrechte* machen, wenn ihr dabei der

Vorwurf gemacht wird, „liberalistische“ westliche Ideen mehr als das Evangelium zu propagieren? Verbunden damit ist der immer wiederkehrende Vorwurf, daß das Christentum in Asien immer noch eine „fremde Religion“ darstellt, die gerade bei Interventionen auf politischem Felde den Verdacht, im Dienst einer fremden Macht zu stehen, zurückweisen muß.

Bei der weiteren theologischen Diskussion wurden auch die Quellen – Aussagen der Heiligen Schrift und die Tradition des Lehramtes – herangezogen. Dabei zeigte es sich, daß die Verschiedenheit der asiatischen Kirchen nach Antworten verlangt, die in neuer Weise auf die besonderen Situationen dieser Länder abgestellt sind. In Asien fehlt den christlichen Kirchen eine Geschichte des Verhältnisses von „Staat und Kirche“, in der die beiden Partner als mehr oder weniger gleichberechtigt auftreten. Bei den allgemeinen Bemühungen um *Inkulturation* muß es auch bei dieser Fragestellung darum gehen, eine für Asien passende, d. h. „inkulturierte“ Antwort zu finden.

Es geht z. B. darum, zu klären, inwieweit sich die Kirchen eine Kategorie von „asiatischer Harmonie“ zu eigen machen können, die mit dem Anspruch, asiatisches Erbe darzustellen, sich gegen jede Form von Konfrontation seitens der Religionen in politischen Dingen wendet. In ähnlicher

Weise werden Formen autoritärer Herrschaft in Asien mit der Unübertragbarkeit der westlichen Demokratievorstellung begründet. Wenn christliche Kirchen sich gegen den Vorrang der ökonomischen Kategorien bei der Entwicklung der asiatischen Staaten wenden, werden sie oft mit dem Vorwurf belegt, sich in Dinge einzumischen, die außerhalb ihrer Kompetenz und Erfahrung liegen.

Die Tagung in Hongkong war ein *erstes Treffen*, um die verschiedenen Elemente der Fragestellung zusammenzubringen. Im Laufe des Jahres, so lautete ein Ergebnis, sollen die in Hongkong beteiligten Theologen weiter an den Fragen arbeiten, sich mit ihren Kollegen in den jeweiligen Ländern treffen und dann im nächsten Jahr die Ergebnisse vorlegen. Es handelt sich um eine wichtige Frage für das Selbstverständnis und die Arbeit der verschiedenen Ortskirchen in Asien, die sich immer stärker bewußt werden, daß sie nur in einer verstärkten Zusammenarbeit mit den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften in den großen Fragen der dortigen Völker ihrer Sendung gerecht werden können. Im Juli treffen sich die asiatischen Bischöfe zur 5. Vollversammlung der Vereinigung asiatischer Bischofskonferenzen in Bandung (Indonesien), wo es ebenfalls um eine Bestimmung der Sendung der asiatischen Kirchen gehen wird. G. E.

Versöhnung muß wachsen

Die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Weizsäcker-Besuch

Die Republik Polen war das letzte der neun Nachbarländer Deutschlands, dem Bundespräsident Richard von Weizsäcker einen offiziellen Besuch abstattete. Es war das erste Mal seit 990 Jahren, daß ein deutsches Staatsoberhaupt einer Einladung nach Polen folgte – nimmt man, dem historischen Gefühl der Polen entgegenkommend, die Besuche von DDR-Staatsratsvorsitzenden und Generalsekretären aus der Zählung heraus. Auf welchem sensiblen Hintergrund der Besuch stattfand und wie schwierig das polnisch-deutsche Verhältnis nach wie vor ist, schildert hier unser Polenmitarbeiter Dieter Bingen.

Auf eine neue Nachbarschaft mit den Deutschen hatten sich die seit Herbst 1989 die erste nichtkommunistische Regierung tragenden Kräfte seit Anfang der achtziger Jahre vorzubereiten versucht. Doch sie wurden von den sich überstürzenden Ereignissen überwältigt, wie die anderen europäischen Nationen und die Deutschen selbst. Und vieles von dem, was die demokratischen Kräfte sich seit Jahren vorgenommen hatten, nämlich ein neues Kapitel gemeinsam mit den demokratischen Deutschen aufzuschlagen, wurde umgehend von alten Ängsten und politischen Reflexen überdeckt.

Vor dem schon historischen 9. November 1989 hatte sich in der polnischen Opposition eine Denkschule über das Verhältnis Polens zu seinen Nachbarn Deutschland und Sowjetunion/Rußland durchgesetzt, die die These vertrat, daß eine Voraussetzung für ein dauerhaft stabiles und demokratisches Polen die Durchsetzung der Freiheitsideen in der Sowjetunion und in ganz Deutschland sei, d. h. Demokratie in der DDR und Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker, auch des deutschen Volkes. Die Teilung Deutschlands sahen die Intellektuellen der „Solidarność“ als etwas Künstliches, Vorübergehendes, eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten als eine historische Unausweichlichkeit. Als Vorbedingung für ein Gutheißen dieser irgendwann in der Zukunft erwarteten Entwicklung galt die Anerkennung der bestehenden polnischen Westgrenze an Oder und Lausitzer Neiße durch die Deutschen. Die „deutsche Frage“ reduzierte sich in allen politischen Lagern im Kern allein auf die Frage, ob die Deutschen die territoriale Integrität Polens endgültig anerkennen würden. Selbst in der kommunistischen Publizistik der siebziger Jahre hatte man sich weitgehend mit einer langfristigen Vereinigungsperspektive abgefunden und die Brandtsche Ostpolitik als einen notwendigen Umweg dahin verstanden.

Scheitern des „Ausgleichs“, zweiter Anlauf im November

Allerdings stellte sich jahrzehntelang die Vereinigung Deutschlands nur in historischer Perspektive als unausweichlich dar. Und auch die ehemalige Opposition, aus der die jetzige Regierung hervorgegangen ist, sah weder die Möglichkeit noch die Notwendigkeit einer operativen Politik in dieser Richtung.

Mit der Bundesrepublik hatte schon die letzte kommunistische Regierung unter *Mieczysław Rakowski* einen „historischen Ausgleich“ und eine endgültige Überwindung der Vergangenheit gesucht. Die historische Wende hatte der Bundespräsident mit der Geburtstagsdiplomatie aus Anlaß des 75. Geburtstags von *Willy Brandt* und der persönlichen Einladung an Rakowski in die Villa Hammer Schmidt im Januar 1989 voranbringen wollen. Bundeskanzler Kohl und Premier Rakowski versicherten sich bei dieser Gelegenheit ihres gegenseitigen Respekts und kündigten an, die Verhandlungen über eine Paketlösung der seit Jahren anstehenden bilateralen Probleme durch die Bestellung persönlicher Beauftragter zu beschleunigen. Nach erfolgreichem Abschluß sollte der Bundeskanzler im 50. Jahr des deutschen Überfalls auf Polen dem östlichen Nachbarn einen offiziellen Besuch abstatten. Aber bald schon blieben die Verhandlungen wieder stecken. In der Bundesrepublik führten die besorgniserregenden Wahlerfolge der „Republikaner“ zu parteipolitisch motivierter Unnachgiebigkeit gegenüber Polen, in Warschau verlor die Regierung Rakowski angesichts der Verhandlungen mit der Opposition über einen schrittweisen Systemwandel („Runder Tisch“) an Boden. Der deutsch-

polnische Fahrplan geriet so durcheinander. Die Bundesregierung verzögerte die Verhandlungen mit der polnischen Regierung im Sommer des vergangenen Jahres. Dem Bundespräsidenten wurde ein Staatsbesuch in Polen um den 1. September verunmöglicht. Ein deutscher Präsident auf der Westerplatte bei Danzig, dem Ort, an dem der 2. Weltkrieg seinen Ausgang nahm, hätte der historischen Wende in den deutsch-polnischen Beziehungen Ausdruck verleihen können. Eine solche Geste machte jedoch keinen Sinn, wenn die substantiellen Probleme zwischen Bonn und Warschau noch nicht vom Tisch waren.

Nach der Etablierung der ersten nichtkommunistischen, vom Willen der Mehrheit des polnischen Volkes getragenen Regierung des katholischen Ministerpräsidenten *Tadeusz Mazowiecki* im September 1989 sollte der historische Ausgleich nach dem Willen beider Regierungen rasch und gut fundiert geschaffen werden. Die Regierung Mazowiecki und die sie tragenden Kräfte fühlten sich weitgehend frei von dem Ballast ideologisch-politischer Restvorbehalte der kommunistischen Vorgängerregierung gegenüber der so oft beschworenen und fast schon zerredeten „historischen Wende“ im Verhältnis zu den Deutschen in der Bundesrepublik.

Einem Besuch des Bundeskanzlers in Polen stand bald nichts mehr im Wege. Am 9. November 1989 begann *Helmut Kohls* Staatsvisite in Warschau, die mit sechs Tagen ungewöhnlich lange dauern sollte. Schon wenige Stunden nach der Ankunft der deutschen Delegation in Polen brachte ein Ereignis das Protokoll durcheinander, dessen Folgen für die weitere Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses von schicksalhafter Bedeutung sein sollte: die Öffnung der innerdeutschen und innerstädtischen Grenzen in Berlin durch die DDR-Behörden. Die Mauer, das Symbol der Teilung Deutschlands und Europas, war gefallen, als der deutsche Kanzler zu einem historischen Besuch beim östlichen Nachbarn Polen weilte. Das war zu viel an Symbolik und bekam dem Verhältnis zwischen Deutschen und Polen auf kurze Sicht nicht gut. Kohl unterbrach seine Visite. Unglückliches Auftreten des Kanzlers in Warschau und in Auschwitz unterstrich bloß, daß die Regie der anvisierten Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen den Überblick verloren hatte.

Öffnung der Mauer, neue Befürchtungen

Obwohl zum Abschluß des Kanzlerbesuchs am 14. November eine bahnbrechende deutsch-polnische 78-Punkte-Erklärung unterschrieben wurde, die einen wirklichen Durchbruch im Verhältnis zwischen Bonn und Warschau besiegeln sollte, obwohl der christliche Friedensgruß zwischen Kohl und Mazowiecki in Kreisau ausgetauscht wurde, haben das andere Ereignis und dessen Begleit- und Folgeerscheinungen die politisch-psychologische Befindlichkeit des deutsch-polnischen Verhältnisses in den folgenden Monaten geprägt. Nicht der im

November so greifbar nah erscheinende „historische Durchbruch“ im zweiseitigen Verhältnis stand auf der Tagesordnung; die alten, endlich überwunden geglaubten Denkschemata, die alten Gespenster kamen wieder zum Vorschein.

Die ersten Reaktionen auf die Grenzöffnung von regierungsamtlicher Seite und von seiten der Massenmedien in Polen waren Sympathie und Freude gewesen. Für das entstehende demokratische Polen bedeutete das Ende der stalinistischen DDR die langersehnte politisch-ideologische Entlastung gen Westen. Andererseits kamen bald neue Ängste vor einem Rechtsruck in der DDR und einer insbesondere gegen Polen gerichteten Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung auf. Enttäuschung verbreitete sich auch über die Oppositionsgruppen in der DDR, da sie erst spät und recht zurückhaltend vor antipolnischen Ressentiments und Instrumentalisierung des Lebensstandardgefälles zwischen der DDR und Polen für innenpolitische Zwecke warnten.

Da der 9. November die „deutsche Frage“ völlig unerwartet auf die Tagesordnung der Weltpolitik gebracht hatte, war die offizielle polnische Haltung zur Grenzöffnung, zur Demokratisierung in der DDR und zur nahenden Vereinigung Deutschlands von einem Einerseits – Andererseits bestimmt, das für die Haltung der Nachbarn Deutschlands charakteristisch ist, aber im polnischen Fall durch die Oder-Neiße-Grenzfrage einen zusätzlichen Akzent erhält, der in Deutschland auf keinen Fall unterschätzt werden durfte, wenn eine zumindest verhalten positive Haltung der polnischen Regierung und Bevölkerung zur deutschen Einheit erwünscht war.

Die Haltung der Bundesregierung, insbesondere die Äußerungen des Bundeskanzlers, zur Oder-Neiße-Grenze bestimmte in den ersten Monaten dieses Jahres wesentlich die Stellungnahmen und die diplomatischen Schritte, Initiativen und Interventionen der polnischen Regierung. Die völkerrechtlichen Vorbehalte bezüglich einer endgültigen Anerkennung der bestehenden polnischen Westgrenze von seiten der Bundesrepublik waren in Warschau wohl bekannt und nachvollziehbar. Was aber in diesen Wochen und Monaten der allgemeinen Verunsicherung, des Zusammenbruchs der europäischen Nachkriegsordnung ohne funktionierendes neues Ordnungsmodell, erwartet wurde, war eine eindeutige politische Willenserklärung der Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR, daß sie auch nach Entstehen des einigen deutschen Bundesstaates die polnische Westgrenze nicht anzutasten gedächten. Und diese Erklärung ließ allzu lange auf sich warten. Bis der Bundeskanzler und die Bundesregierung sich verbindlich zu der anvisierten gemeinsamen Grenzerklärung von Bundestag und Volkskammer äußerten, war durch unbedachte und unkoordinierte Stellungnahmen aus Bonn viel politisches Porzellan zerbrochen worden. Mangel an Fingerspitzengefühl und politischer Sensibilität mußte sich der Bundeskanzler von Verbündeten und Nachbarn nachsagen lassen, in Polen provozierte er aber helle Aufregung und eine an Hysterie grenzende Über-

empfindlichkeit. Nach den beruhigenden politischen Signalen aus Bonn, im April rechtzeitig vor dem Staatsbesuch des Bundespräsidenten nach Warschau ausgesendet, wurde zudem deutlich, daß nicht allein die Grenzfrage die Polen beunruhigte, sondern daß weite Teile der Bevölkerung ganz grundsätzlich Ängste und Befürchtungen mit Blick auf ein wirtschaftlich und politisch mächtiges Deutschland haben.

Der psychologische Faktor

Die neue polnische Regierung, angetreten, ein neues europäisches Denken in der Außenpolitik zu verwirklichen, fiel plötzlich in alte außenpolitische Reflexe zurück, reagierte hektisch, eine Spiegelung der Gemütslage im Bonner Regierungsviertel. Zur Jahreswende lancierten Warschauer Regierungskreise unversehens, eine soeben gemachte Äußerung von *Zbigniew Brzezinski* aufgreifend, eine polnisch-tschechoslowakische Konföderation als eine Art Defensivbündnis gegen ein großes Deutschland. Prompt holte sich die Warschauer Diplomatie eine klare Absage des tschechoslowakischen Präsidenten *Václav Havel* und der Prager Regierung, die für eine neue Blockbildung im Herzen Europas gegen Deutschland nicht zu haben waren. Mit Befremden wurde nicht zuletzt in Washington registriert, daß es die polnische Regierung auf einmal nicht mehr so eilig mit dem *Abzug der sowjetischen Truppen aus Polen* hatte. Bis vor kurzem noch war von den demokratischen Kräften in Polen die sowjetische Truppenpräsenz als Sinnbild der Fremdbestimmung dargestellt worden. Nun wurde auf einmal eine Haltung sichtbar, die man von den kommunistischen Regierungen Polens kannte, die immer darauf hingewiesen hatten, daß die Rote Armee die territoriale Integrität Polens gegen einen deutschen Grenzrevisionismus garantiere. Bei den Interventionen zugunsten einer Beteiligung an den 2 + 4-Verhandlungen, bei denen die polnische Regierung einige Wochen (zu) hoch pokerte, konnte es die Warschauer Diplomatie jedoch als einen Erfolg verbuchen, daß Polen zu den Beratungen über die Grenzen des zukünftigen Deutschland hinzugezogen wird. Hier hätte die Bundesregierung durch ein frühzeitiges Signal der Zustimmung an Warschau viel Schaden für das psychologische Klima zwischen Bonn und Warschau abwenden können. Nunmehr ist der Eindruck entstanden, daß Polen lediglich durch hartnäckige Interventionen über die Deutschen hinweg an einem Gegenstand beteiligt wird, der von vitalem polnischem Interesse ist.

Alles in allem war das politische Barometer zwischen Bonn und Warschau nach dem hoffnungsvollen Neuanfang im November 1989 stark gefallen. Polen befindet sich bei der Durchführung des Experiments eines friedlichen Systemwechsels vom realen Sozialismus und der staatlichen Planwirtschaft zur parlamentarischen Demokratie und Marktwirtschaft in einer *komplizierten Übergangssituation*. Die erste demokratisch legitimierte polnische Regierung hat das (ruinöse) Erbe sozialistischer

Mißwirtschaft übernommen. Die Situation ist politisch und wirtschaftlich noch nicht gefestigt. Die Polen fühlen sich gegenüber den Deutschen so schwach wie noch nie in den vergangenen 45 Jahren. Die labile wirtschaftlich-soziale und politische Lage Polens ist der Förderung einer neuen westeuropäisch geprägten politischen Kultur nicht förderlich. In dieser Umbruchsituation haben fremdenfeindliche und nationalistische Strömungen Konjunktur. Die Kommunisten hatten der Regierung Mazowiecki schon während der Verhandlungen mit der Bundesrepublik im Herbst 1989 vorgeworfen, nationale polnische Interessen zu vernachlässigen. Nachdem die deutsche Einheit im November 1989 auf die Tagesordnung der Weltpolitik gesetzt worden war, wurden von den alten deutschfeindlichen bzw. die Furcht vor den Deutschen seit Jahrzehnten instrumentalisierenden Kräften der im Januar 1990 aufgelösten Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei die Angst vor einem „Vierten Reich“ geschürt, der Ausverkauf Polens, vor allem der Westgebiete, durch das deutsche Kapital und ein gefährlicher deutscher Grenzrevisionismus als reale Gefahren in düsteren Farben an die Wand gemalt. Mit dieser antideutschen „Kampagne“, wie sie Außenminister Skubiszewski apostrophierte, befanden sich Kommunisten und polnische nationalistische (und zugleich antisemitisch, antidemokratisch angehauchte) Parteien und Gruppierungen wie beispielsweise die Nationalpartei, neuerdings auch Teile der Bauernpartei und eines weit rechts stehenden Flügels der „Solidarność“ in einem Boot, wobei geistlicher Beistand nicht fehlte.

In dieser prekären innenpolitischen Situation wurde es der polnischen Regierung zusätzlich durch die konservativere außenpolitische Philosophie des Staatspräsidenten Jaruzelski und seines Beraterkreises erschwert, die alten deutschlandpolitischen Reflexe zu überwinden und konsequent in den Kategorien einer in Europa aufgehobenen deutsch-polnischen Nachbarschaft zu agieren.

Schmerzlich vermißt man bei der Suche nach einer neuen Nachbarschaft, die seit November wieder schwieriger geworden ist, da sie erstmals seit Menschengedenken wirkliche Nachbarschaft im europäischen Sinne sein wird – ohne Systemgrenze und künstliche Barrieren –, eine Verständigung fördernde Rolle der katholischen Kirche in Deutschland und Polen.

Die verdienstvolle Gemeinsame Erklärung deutscher und polnischer Katholiken, darunter des jetzigen Ministerpräsidenten Mazowiecki, zum 1. September 1989 (vgl. HK, September 1989, 417 ff.) ist da kein Ersatz. In Deutschland ist es eher ein beredtes Schweigen, wenn es um Engagement in dieser eine Stellungnahme wirklich herausfordernden Situation geht. In Polen fehlen profilierte Kirchenmänner, die – wie Kardinal Kominek in den sechziger Jahren – die historische Rolle der Kirche in dem Verständigungsprozeß erkennen. Um so schmerzlicher berührt es, daß der Primas von Polen eher alte Stereotypen und Vorurteile über die deutschen Nachbarn verfestigende Worte findet, Angst schürt und diejenigen Amtsbüder, die den Bedürfnissen der Menschen entspre-

chend neue Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Polen in der Seelsorge suchen, mehr behindert als fördert. Angesichts der Gefahr, daß die deutsch-polnischen Beziehungen im Zusammenhang mit der deutschen Einigungsdynamik in Mitleidenschaft gezogen werden könnten, haben deutsche und polnische Politiker in den letzten Monaten einiges unternommen, um gegenzusteuern und die Bedeutung der deutsch-polnischen Verständigung gerade in der jetzigen Umbruchsituation hervorzuheben.

Weizsäckers Staatsvisite

Der Begriff einer deutsch-polnischen Interessengemeinschaft im neuen Europa war von Außenminister *Krzysztof Skubiszewski* während seines Bonn-Besuchs im Februar geprägt worden. Das war ein eindrucksvolles Zeichen für eine wirklich neue Betrachtung der deutsch-polnischen Beziehungen. Der Bundespräsident tat das Seine. Behutsam, aber bestimmt hatte er in den vergangenen Monaten zu mehr Nachdenklichkeit in den deutsch-deutschen Fragen aufgerufen. Seine Einstellung zu den Schlüsselfragen deutscher Politik und Geschichte hatte ihm in Polen großen Respekt verschafft. Die Terminierung des Staatsbesuchs Richard von Weizsäckers in Polen war in dem breiteren Kontext der grundlegenden Veränderungen des letzten halben Jahres in Mitteleuropa zugleich problematisch und glücklich gewählt. Problematisch stellten sich die erwähnten atmosphärischen Störungen zwischen Bonn und Warschau dar. Ein glücklicher Umstand war die Herausforderung für den Bundespräsidenten, gerade in diesem Augenblick den Deutschen und den Polen den Blick für eine gemeinsame Zukunft in Europa zu öffnen und dabei einige Wahrheiten auszusprechen, die Deutsche schmerzlich berühren, aber auch Wahrheiten, die in Polen derzeit nur ein Mann wie von Weizsäcker so aussprechen kann, daß sie von den polnischen Zuhörern akzeptiert werden:

Der Bundespräsident hatte schon in Pressegesprächen vor seinem Reiseantritt klargestellt, daß die Grenzfrage zwischen Deutschen und Polen substantiell bereits gelöst sei und keine Veränderung am Verlauf der bestehenden deutsch-polnischen Grenze vorgenommen werden wird. Während seines Besuchs (2.-5. Mai) sah der Bundespräsident eine Hauptaufgabe darin, den Gastgebern Verständnis für den deutschen Einigungsprozeß abzugewinnen und ihnen die Ängste vor einem vereinigten Deutschland zu nehmen, da dieses Deutschland ebenso wie Polen Teil eines größeren gemeinsam zu schaffenden Europa sein werde. Nachdem er in Polen nochmals die bittere Wahrheit wiederholte, daß Schlesien, Pommern und andere Teile des ehemaligen Ostdeutschland heute zu Polen gehören, erinnerte er die polnischen Gastgeber daran, daß der Verlust jahrhundertlang zu Deutschland gehörender Gebiete und die Vertreibung von Millionen Deutschen schwer wiegen. Er mahnte die Polen zu einem wirklichen Europäertum, das den Verlust erträglicher machen

würde. Nicht Abgrenzung, sondern Brückenbau sei die Devise, insbesondere auch an Oder und Neiße. Wörtlich sagte der Bundespräsident: „Wir sollten aufpassen, daß die erstrittene Befreiung vom Zwang der Diktaturen nicht alte Gegensätze neu freisetzt. Das gilt überall in Europa. Es wäre ein schrecklicher Anachronismus, in den unseligen, feindlichen Nationalismus früherer Zeiten zurückzufallen. Vielmehr können und wollen wir im Zeichen der Freiheit gemeinsam der Fremdenfurcht und dem Fremdenhaß entgegentreten. Wir werden deshalb nicht aufhören, diesseits und jenseits der Flüsse deutsch oder polnisch zu sein. Aber wir teilen doch das Interesse an einer beiderseits aufblühenden Grenzregion ...“

Das Fremde begreifen

Damit traf Richard von Weizsäcker die Stimmung der Polen. Offensichtlich gelang es ihm, zu einer weiteren Beruhigung der Gefühle in Polen beizutragen und durch die Glaubwürdigkeit seines Auftretens und seiner Botschaften Vertrauen in die Deutschen zurückzugewinnen, das in den vergangenen Monaten verlorenzugehen drohte. Vor diesem Hintergrund mußte es befremdlich wirken, mit welchem publizistischen und protokollarischen Minimalaufwand – inklusive einem Staatsbankett in einem die

Gastgeber beschämenden Ambiente – der Staatsbesuch von der polnischen Seite absolviert wurde. Ob der Bundespräsident sich das unter der gewünschten Bescheidenheit des äußeren Ablaufs vorgestellt hatte?

Möglicherweise wollten die polnischen Politiker und die Massenmedien etwas wiedergutmachen, als sie nach dem Ende des Besuchs diesen in seiner Bedeutung mit der Visite Willy Brandts im Dezember 1970 zur Unterzeichnung des Normalisierungsvertrages verglichen und von einer Zäsur in den deutsch-polnischen Beziehungen sprachen. Erst am letzten Tag des Weizsäcker-Besuchs schrieb *Adam Michnik* in der „Solidarność“-Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“: „Nötig ist auch eine neue Perspektive im Denken über die Deutschen und über den deutschen Staat. Es reicht nicht aus, das Bewußtsein mit dem Andenken an das Martyrium zu füttern, und schon überhaupt nicht, das Interesse auf die Grenze an Oder und Neiße zu reduzieren. Wir müssen die fremde Biographie und fremde historische Erfahrung begreifen. Wir müssen begreifen, daß das bisherige Bild von Deutschland ein sehr ärmliches ist, daß es nicht reicht, sich vor den Deutschen zu fürchten.“

Den Begriff der Versöhnung hatte der Bundespräsident in Polen bewußt vermieden. Der Michnik-Kommentar läßt erahnen, warum. Versöhnung läßt sich nicht einfordern. Sie muß wachsen.

Dieter Bingen

Kompromiß nach langer Diskussion

Der Sozialhirtenbrief der österreichischen Bischöfe

Nach einer langen Entstehungszeit, durchsetzt von zum Teil heftiger Diskussion, haben die österreichischen Bischöfe am 15. Mai ihren zweiten Sozialhirtenbrief (ein erster erschien in den fünfziger Jahren) veröffentlicht. Der Hirtenbrief, der sich in seinen Ursprüngen am Modell des Wirtschaftshirtenbriefes der amerikanischen Bischöfe orientiert (vgl. HK, März 1987, 107ff.), behandelt ein breites Spektrum wirtschaftlicher und sozialer Fragen. Zugespitzte Aussagen werden vermieden. Die breite öffentliche Diskussion wirkte auf das Ergebnis eher dämpfend. Die Bischöfe suchten – vor allem auch unter sich – einen tragbaren Kompromiß und fanden ihn auch.

Als ein „Wunder“ bezeichnete der tschechoslowakische Staatspräsident *Václav Havel* beim Empfang des Papstes in Prag die jüngste Entwicklung im Osten, die dieses Treffen ermöglichte. Da ist tatsächlich ein „großes“ Wunder geschehen. Ein „kleines“ Wunder ereignete sich in Österreich, wo es trotz der Konfrontation im Katholizismus und trotz der Fraktionierung, die bis in die Bischofskonferenz hineinreicht, zur einmütigen Verabschiedung des am 15. Mai veröffentlichten *Sozialhirtenbriefes* der österreichischen Bischöfe gekommen ist.

Die Idee, einen Sozialhirtenbrief zu veröffentlichen, der von Anfang an stark auf österreichische Verhältnisse zugeschnitten sein sollte, geht auf die Veröffentlichungen der gesellschaftspolitischen Hirtenbriefe der *amerikanischen Bischöfe* zurück. Ein Arbeitskomitee, das unter der Leitung des Linzer Diözesanbischofs *Maximilian Aichern* stand, veröffentlichte im September 1988 nach monatelanger Vorbereitung einen ersten Grundtext mit Fragen zur Diskussion über den geplanten Sozialhirtenbrief. Dieser Grundtext, der vielfach als „Erstfassung“ des Sozialhirtenbriefes mißverstanden und deshalb zum Teil sehr heftig kritisiert wurde, ist von Wirtschaftskreisen und von betont konservativen Gruppierungen innerhalb der christdemokratischen ÖVP massiv attackiert worden.

In den einzelnen Stellungnahmen zu dem Grundtext wurden den Verfassern des Diskussionsentwurfes eine revolutionäre, ja gewalttätige Sprache, Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge in der sozialen Marktwirtschaft und schließlich sogar „marxistische Einstellung“ vorgeworfen. Der Volksanwalt *Herbert Kohlmaier*, seinerzeitiger Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei, bezeichnete den Grundtext als eine „unheilige Ehe